

# Arbeiterstimme

**Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien**  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2, / Geschäftsstelle und Expedienten: Arbeiterstimme, Dresden-2, / Fernsprechnummer 17259 / Postfach Dresden Nr. 1555, Emil Scheller-Strasse 2 / Dresden-2, / Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckerei: „Arbeiterstimme“, Dresden / Sprechstunden der Geschäftsleitung: Wochentage nachm. 5-5 Uhr (außer Sonnabende)

2. Jahrgang Dresden, Dienstag den 23. März 1926 Nummer 69

## Völkerbündnisdebatte im Reichstag!

### Der Bankrott der Locarno-Illusionen

Heute hielt im Reichstag der Außenminister Stresemann seine große Rede über die Ergebnisse der Genfer Völkerbündnisdebatte. Stresemann fand auch bei den Sozialdemokraten lebhaften Beifall. Der sozialdemokratische Redner trat, da er nichts Wesentliches gegen die Regierungspolitik zu sagen hat, zugunsten des Völkerbündnisses ein. Er sprach sich für die Zustimmung zum Völkerbündnis aus, da es die Völkerverständigung fördern wird. Der parlamentarische Kampf ist entschieden, er hat noch recht begonnen hat. Der Billigungsprozess der Regierungsparteien, deren Wortlaut wir an dieser Stelle mitteilen, ist die Mehrheit gesichert. Die Annahme der Völkerverständigung und der Regierung der Völkerverständigung und die Regierung um die Völkerverständigung zu erziehen, werden auch die Stimmen der Antragsteller abgelehnt werden. Das Berliner Tageblatt behauptet auch, dass innerhalb der Völkerverständigung starke Differenzen über ihre Haltung zur Regierung bestanden.

Sougthon an Sonntage, in dem es heißt: „Keine der europäischen Regierungen denkt ernstlich an die Inangriffnahme des Abrüstungsproblems. Keine läßt sich von idealen Beweggründen leiten, nirgends ist ein ehrlicher Abrüstungsplan vorhanden, weit unter den europäischen Mächten bittere Gegnerschaft und Antipathie herrscht und jede wie vor trotz Locarno nur auf eine Steigerung ihrer militärischen Machtmittel bedacht ist. Neue Bündnisse gegen einander bereiten sich wie nach dem Wiener Kongreß vor, neue Kriegswaffen haben sich am Horizont zu sammeln.“ Der amerikanische Senator Owen hat schon recht, wenn er den Völkerbund als eine „verbrecherische Verschwörung gegen die Freiheit der Nationen“ bezeichnet.

### Diesem Staat keinen Pfennig!

R.R. Wir haben schon in unserer vorangehenden Artikel über die Steuergeleihe der sächsischen Regierung darauf hingewiesen, daß diese dazu übergeht, die Grund- und Gewerbesteuer abzubauen, der Ertrag aus der Grundsteuer soll 10 Millionen ergeben, der Ertrag aus der Gewerbesteuer 15 Millionen, deren gegenüber auf der anderen Seite durch die Mietsteuern die ungeheuerliche Ausbeutung der breiten Massen gestiftet wird. Soll doch diese Mietsteuer, wie bekannt, den Betrag von 180 Millionen Mark ergeben. Wie ebenfalls bekannt, soll die Hälfte dieser Einnahmen für Verwaltungszwecke, für Staat und Gemeinden gebraucht werden. Um die ungeheure Summe von 90 Millionen Mark für den Verwaltungsapparat des reaktionären Staates aus den Mietern herauspressen zu können, hat man die Summe einfach verdoppelt und mit der doppelten Ausbeutung der Mieter dem Gesetz einen sozialen Mantel umgehängt, der die Ausbeutung der Mieter schmälern machen soll. Die Erhöhung der Mietsteuer geht zusammen mit der Erhöhung der Steuern auf 100 Prozent der Friedensmieten, die bekanntlich am 1. Juli d. J. in Beschluß des Reichstages einzuweisen soll. Die kommunistische Fraktion wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen diese rücksichtslose Ausbeutung der Mieter und hat durch ihren Anführer die Abwehr der Koalitionregierung die 100 Prozent Miete schon vom 1. April ab zu erheben, vereitelt. Jetzt wird die Fraktion neben ihrem Kampf gegen die Mietsteuer überhaupt mit aller Entschiedenheit gegen eine Verwendung der Gelder zu Verwaltungszwecken aufzutreten. Geht es der kommunistischen Fraktion nicht, eine Erhöhung der Steuern zu verhindern, stehen sich die Parteien des Bürgertums und die Sozialdemokraten auf die rechtspolitischen Bestimmungen zurück, so wird sie verlangen, daß die gesamten Einnahmen für den Wohnungsbau verwendet werden. Schon im Plenum des Landtages bei der ersten Beratung wurde von der Fraktion dieser Standpunkt vertreten. Aber hier traten auch bürgerliche Redner mit der gleichen Forderung hervor. Der deutschnational Abgeordnete Bentler erklärte in der Sitzung vom 11. März d. J. bei der Beratung des Gesetzes:

Es kann man vielleicht das Schauspiel erleben, daß mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten gemeinsam ein Teil der Deutschnationalen der Luther-Regierung die Billigung ihrer sozialistischen Außenpolitik aussprechen wird. Mit der kommunistischen Fraktion sprach denn Genosse Stresemann Einmal und heimlich, leise und verstoßen hat Luther und Stresemann aus Genf zurückgeführt, ganz wie es die drei Wochen voller Illusionen fortgeführt ist. Da haben eine beispiellose Niederlage erlitten. Vor drei Wochen wurde verkündet, daß die Aera des Friedens für Europa begonnen ist, Deutschland werde, so frohlockte man, als gleichwertige Macht in den Völkerverständigung aufgenommen, alle anderen Mächte würden abgelehnt, als Folgen des „Gesetzes von Locarno“ würde das ganze Gebiet geräumt, ein neuer Weltfrieden im Saargebiet eingeleitet, mit Hilfe Chamberlains würde die Diktaturen „gerogelt“ werden, kurz, die „europäische Aera“, in der man in Genf miteinander sprechen wollte, sollte die Schmeicheleien überdübeln.

Der Kampf um die Völkerverständigung ist ein Kampf um die Machtverteilung in diesem Räuberband. Er zeigt wiederum mit aller Deutlichkeit, daß der Völkerbund völlig machtlos, wertlos und nutzlos ist, um den Frieden herbeizuführen, und daß er bei einem erwiderten Zusammenstoß der imperialistischen Gegensätze zusammenbricht wie ein Kartenhaus.

Wenn die kommunistische Partei Luther und Stresemann mit erbitterter Feindschaft bekämpft, so steht sie der deutschnationalen Erbsünde und Abscheuerpolitik mit Todeshabsicht gegenüber. Die arbeitenden Massen Deutschlands wissen, daß der Weg zur nationalen und sozialen Freiheit Deutschlands nicht der Weg imperialistischer Konflikte, sondern nur der des internationalen Klassenkampfes ist.

„Es enthält die Verteilung der Steuern auf Staat, Gemeinde, Bezirksverbände, Wohnungsbau. Hier möchte ich bemerken, daß wir Mietsteuer oder Steuern dieser Art für allgemeine Staats- und Kommunalzwecke grundsätzlich für unzulässig halten. Wir wollen keine Mietsteuern für allgemeine Finanzbedürfnisse.“

Die Vorgänge in Genf haben den völligen Zusammenbruch der Völkerverständigung erwiesen. Der Völkerbund hat sich offenbar als ein Scheitern erwiesen, was er immer gewesen ist: als ein Scheitern der imperialistischen Machtpolitik. In voller Macht sind die imperialistischen Mächte geblieben, die sich aus der Verdrängung der sozialistischen Mächte zu befriedigen in der letzten Zeit ergaben. Die imperialistischen Mächte haben diese Tatsache verheimlichen wollen. Wie die Welt darüber denkt, beweist aber zum Beispiel der Bericht des englischen Konsuls in London und Völkerverständigungsbegegnungen.

Die Arbeiterklasse hat einen Vorschlag: Stützung der internationalen, proletarischen Klassenfront, Sammlung der Arbeiter aller Länder in eine Kampfgemeinschaft gegen die Bourgeoisie, Herbeiführung der Bewusstseinsarbeit und Anlehnung an den ersten proletarischen Klassenkampf der Welt. Die proletarische Einheitsfront wird und muß kommen trotz der Schotage der Sozialdemokraten, trotz der imperialistischen Politik der Zweiten Internationale.

Nicht hinein in den kapitalistischen Räuberband, sondern heraus aus diesem Machtkampf der Kapitalisten, hinein in die einseitige Front des internationalen Proletariats.

Die Regierung erklärte bei der Beratung, daß es sich um eine reichsgesetzliche Bestimmung handle, nach der ein Teil der Steuer für den allgemeinen Finanzbedarf herangezogen werden müßte. Nach dem § 26 der abgeordneten 3. Steuerministerordnung, der Höhe und Zweck der Steuer bestimmt, heißt es im Absatz 2:

„Das Einkommen der Steuer soll zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfes der Länder und Gemeinden (Gemeinverbände) einschließlich des Aufwandes, der ihnen durch die Erfüllung der gemäß § 42 Abs. 1 zu selbständiger Regelung überlassenen Aufgaben erlöste, sowie zur Förderung der Sozialität auf dem Gebiete des Wohnungswesens dienen.“

## Die Linken beantragen Landtagsauflösung

Wie die „Dresdner Volkszeitung“ gestern mitteilte, ist der Antrag von den Linken sozialdemokratischen Abgeordneten der Antrag auf Auflösung eingereicht worden. Der Antrag ist unterzeichnet von Arzt, Edel, Dennhardt, Gruppe, Kuntz, Kramer, Liebmann, Müller, Renke, Rebrig, Frau Zimmermann, Tempel, Sachs, Frau Schlag, Frau Schilling, Schmidt, Weid. Bezeichnenderweise fehlt unter diesem Auflösungsantrag die Unterschrift Tzschirner. In einem Brief an die „Dresdner Volkszeitung“ heißt es: „In einem Antrag auf Auflösung der Landtagsversammlung“, stellt die „Dresdner Volkszeitung“ fest, daß schon nach der ersten Beratung der Anträge zur Verringerung der Not der weitestgehend Bevölkerung Sachsens sich gezeigt habe, daß die Regierung und die 23 dafür keinerlei Verständnis aufgebracht haben. Während die Regierung erklärte, „für die sozialdemokratischen Anträge haben wir kein Geld“, schlug sie zu den großen Steuererleichterungen für die Besitzenden vor. Die Situation ist völlig geklärt. Der Landtag habe sich als ein Scheitern erwiesen, seine Aufgaben zu erfüllen. Die Linken sozialdemokraten, die sich nun endlich unter dem Druck der Arbeiterklasse (hier verweisen wir besonders auf den Auflösungsantrag der Striesener Ortsgruppe) dazu aufgerufen haben, den Auflösungsantrag einzubringen, wollen die Verantwortung für den Bestand der reaktionären Landtagsregierung selbst und den arbeiterfeindlichen Kurs übernehmen, für den die Sozialdemokraten voll verantwortlich sind. Vor den Augen der Arbeiterklasse.

dem Auflösungsantrag der Linken zustimmen. Es wird sich daher bald zeigen, wie ernst es den Linken mit dem Kampf um die Beseitigung des Landtages ist. Sie werden sich entscheiden müssen, ob sie gewillt sind, die Auflösung nur als ein parlamentarisches Mandat oder zu einer Massenmobilisierung der sächsischen Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften zu gestalten. Am Schluß des Arbeitstages der „Dresdner Volkszeitung“ wird mitgeteilt, daß sich der Parteivorstand der SPD in der vergangenen Woche mit den sächsischen Tragen beschäftigt habe. Nach dem es nicht gelungen sei, die Fraktionsmehrheit für die Auflösung des Landtages zu gewinnen, habe der Parteivorstand des Landtages selbständig einzubringen. Nach dem Erfolgen der sächsischen Landtag und dem Theater der Fraktionen, „ehrenwörtliche Erklärung“ darf man gespannt sein, ob sich nicht auch diese Meldung wieder als ein Fluß zur Täuschung der sozialdemokratischen Arbeiter erweist.

Sollte es den Linken im Kampf um die Landtagsauflösung ernst sein, so müssen sie den Forderung der Kommunisten auf Massenmobilisierung der breiten Schichten der Bevölkerung Sachsens, vor allem aber der Beseitigung des Einflusses der Rechten Führer in den Gewerkschaften und mit den Kommunisten gemeinsam die Auflösung des Landtages und den Sturz der Regierung fordern.

Diese Bestimmung stellt keineswegs eine Verpflichtung dar. Es ist also im Rahmen des Gesetzes für das Land sehr wohl möglich, auf eine Erhebung von Geldern für den allgemeinen Finanzbedarf aus der Mietsteuer abzusehen. Wenn am 1. Juli die durch Reichsbeschl. gebotene Einführung der Zinsmieten erfolgt, so muß die Mieterchaft verlangen, daß die gesamten Gelder zum Wohnungsbau verwendet werden. Eine solche Forderung ist in Anbetracht der ungeheuerlichen Wohnungsnot nur recht und billig. Selbst wenn die gesamte Summe zum Wohnungsbau Verwendung findet, reicht sie auf Jahre hinaus nicht aus, der Wohnungsnot erheblich zu kurieren. Nach den bis jetzt vorliegenden Feststellungen stellt sich der durchschnittliche Bedarf an Wohnungen in Sachsen so, daß auf je 25 Familien eine wohnungslose Familie kommt. Bei einer Zugrundlegung von Durchschnittsfamilien von 4 Personen ergibt das rund 50.000 Wohnungslücken in Sachsen. Rechnet man nur zur Erstellung einer Wohnung den Betrag von 15.000 RM., so erfordert deren Herstellung den Betrag von 650.000.000 RM. Rechnet man noch hinzu die ungeheuerlichen Nebenkosten, so ergibt sich, daß selbst bei Benutzung der vollen Summe von 180 Millionen für den Wohnungsbau, es vieler Jahre bedarf, um den jetzt bestehenden Wohnungsmangel abzubauen. Dabei ist noch nicht gerechnet das ständig neu hinzukommende große Heer der ständig neu entstehenden Familien. Bei der Verwendung von 90 Millionen Mark ist für 10 Jahre hinaus an eine Beseitigung der Wohnungsnot nicht zu denken. Steht man also den sozialen Zweck in den Vordergrund, dann ist es klar, daß man nur die Forderung erheben kann, das gesamte Einkommen für den Wohnungsbau zu verwenden. Die Sozialdemokratische Partei hat sich in den Diskussionen ihren Wählern und den Mietern gegenüber auch auf diesen Standpunkt gestellt. Bei der Beratung des Gesetzes vertritt die Fraktion den Standpunkt der Regierung. Bezeichnend ist, daß zu den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners Bentler, der sich in der Tendenz gegen mit einer Erhöhung der Steuern am 1. April einverstanden

**SLUB**  
Wir führen Wissen.